

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. Juni 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	37	Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	35, 36
Böttcher, Maritta (PDS)	9, 10	Dr. Meister, Michael (CDU/CSU)	26, 27
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	18, 19	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	22, 23
Flach, Ulrike (F.D.P.)	8	Niebel, Dirk (F.D.P.)	6, 32
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	7	Ostrowski, Christine (PDS)	42, 43
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	24, 25	Reichard, Christa (Dresden) (CDU/CSU)	15
Holetschek, Klaus (CDU/CSU)	16, 17	Siemann, Werner (CDU/CSU)	1, 41
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	44, 45	Steiger, Wolfgang (CDU/CSU)	30, 31
Kampeter, Steffen (CDU/CSU)	33, 34	Storm, Andreas (CDU/CSU)	28, 29
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	20, 21	Volquartz, Angelika (CDU/CSU)	11, 12
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	4, 5	Wolf, Aribert (CDU/CSU)	13, 14
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	38	Zöller, Wolfgang (CDU/CSU)	39, 40
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	2, 3		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der per Dekret durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassenen Lockerung der Regelungen für die Ausfuhr nuklearer Materialien?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

2. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU) Welche kritischen Einwände und Änderungsvorschläge haben die Länder und die betroffenen Einrichtungen bei einer Besprechung am 19. Juni 2000 über eine überarbeitete Fassung der Konzeption zur Kulturförderung des Bundes nach § 96 Bundesvertriebenengesetz gegenüber der Bundesregierung vorgebracht, und wie wird die Bundesregierung diesen Vorschlägen und Einwänden Rechnung tragen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

3. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Studie eines an der London School of Economics and Political Science tätigen Politikwissenschaftlers bekannt, der hinsichtlich der Rückgabe des konfiszierten sudetendeutschen Eigentums vorgeschlagen hat, eine Regelung zu verwirklichen, jene sudetendeutschen Alteigentümer, deren Eigentum nicht mehr rückübertragen werden kann, aus den zurück zu zahlenden Lastenausgleichsmitteln begünstigter Alteigentümer zu entschädigen (vgl. Berliner Zeitung vom 13. Juni 2000), und ist die Bundesregierung bereit, mit der tschechischen Seite einen derartigen Verfahrensweg zu prüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

- | | |
|--|--|
| 4. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.) | Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der wirtschaftliche Anteil der deutschen Zulieferbranche derzeit am koreanischen Schiffbau? |
|
 | |
| 5. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.) | Welche Erwartungen knüpft die Bundesregierung aktuell an die Weltausstellung EXPO 2000 in Bezug auf die Höhe der Steuermehreinnahmen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.) | Plant die Bundesregierung, Erkenntnisse aus Modellprojekten der Jugendsozialarbeit in die weitere Konzeption dergestalt einfließen zu lassen, dass sicher gestellt ist, statt der Förderung immer neuer gleicher oder sehr ähnlicher Modellprojekte die bereitstehenden Mittel einer dauerhaften Förderung der Jugendsozialarbeit zur Verfügung stellen zu können? |
|
 | |
| 7. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU) | Welchen Rechtscharakter haben die seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Modellprojekts „Entwicklung neuer Kooperations- und Koordinationsstrukturen – Aktives Wohnen älterer Menschen“ an die jeweiligen Projekte übergebenen 20 Förderurkunden? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

- | | |
|---|--|
| 8. Abgeordnete
Ulrike Flach
(F.D.P.) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Umfang und Auswirkungen der Abwerbung und Abwanderung von Berufsschullehrern von den neuen in die alten Bundesländer vor? |
| 9. Abgeordnete
Maritta Böttcher
(PDS) | Möchte die Bundesregierung der auf den bundesweiten Demonstrationen des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren am 7. Juni 2000 artikulierten Forderung nach einer bundeseinheitlichen Studiengebührenfreiheit ohne Wenn und Aber Rechnung tragen, und wenn ja in welcher Weise? |
| 10. Abgeordnete
Maritta Böttcher
(PDS) | Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Weigerung der Regierungschefs der Länder, der Kultusministerkonferenz einen Auftrag zur Erarbeitung eines Staatsvertrages zur Regelung der Studiengebührenfrage zu erteilen, und sieht sie nach dieser Weigerung die Notwendigkeit einer verbindlichen bundesgesetzlichen Regelung? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 11. Abgeordnete
Angelika Volquartz
(CDU/CSU) | Welche Gründe führten zur Ablösung des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, und wie ist es vor diesem Hintergrund zu erklären, dass die Arbeitsweise des Präsidenten innerhalb des kontrollierenden Kuratoriums nie Gegenstand kritischer Auseinandersetzung war? |
| 12. Abgeordnete
Angelika Volquartz
(CDU/CSU) | Wird angesichts der Verpflichtung der Bundeszentrale für politische Bildung zu überparteilicher Haltung (siehe § 6 Abs. 1 des Erlasses des Bundesministeriums des Innern vom 24. Juni 1992) die Position des Präsidenten – wie bei vergleichbaren anderen Positionen auch – öffentlich ausgeschrieben, und wenn nein, warum nicht? |

- | | |
|--|---|
| 13. Abgeordneter
Aribert
Wolf
(CDU/CSU) | Warum plant die Bundesregierung für die künftige Leitungsstruktur der Bundeszentrale für politische Bildung eine nicht plurale politische Zusammensetzung – anders als dies bei den Landeszentralen für politische Bildung der Fall ist – und wie begründet sie dies? |
| 14. Abgeordneter
Aribert
Wolf
(CDU/CSU) | Ist die Tatsache, dass ein Parteipolitiker an die Spitze der Bundeszentrale für politische Bildung treten soll, in Übereinstimmung zu bringen mit zahlreichen öffentlichen Äußerungen von Regierungsvertretern? |
| 15. Abgeordnete
Christa
Reichard
(Dresden)
(CDU/CSU) | Hat es in der Geschichte der Bundeszentrale für politische Bildung bisher eine vergleichbare Situation gegeben, dass die Leitung nicht im politischen Einvernehmen berufen wurde bzw. vor Ablauf der Vertragszeit abberufen wurde? |
| 16. Abgeordneter
Klaus
Holetschek
(CDU/CSU) | Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, ursprünglich die Schließung der Außenstelle der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin durchsetzen zu wollen, obwohl im Abschlussbericht zur Evaluation der Behörde ein solches Vorgehen nicht angeraten wurde, und welche konzeptionellen Veränderungen plant die Bundesregierung augenblicklich bei der Außenstelle? |
| 17. Abgeordneter
Klaus
Holetschek
(CDU/CSU) | Wie will die Bundesregierung vor dem Hintergrund einer künftig stärkeren Ausrichtung der Bundeszentrale für politische Bildung auf die neuen Länder sicherstellen, dass die von der Berliner Außenstelle aufgebauten Verbindungen innerhalb Berlins in den neuen Ländern und Osteuropa aufrecht erhalten werden, und durch wen soll in Zukunft die Betreuung der monatlich rund 3 000 Einzelbesucher (ohne Besuchergruppen) erfolgen, die die Außenstelle derzeit verzeichnet, insbesondere in Anbetracht der völligen Auslastung des Besucherdienstes des Deutschen Bundestages? |
| 18. Abgeordnete
Sylvia
Bonitz
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob Mitglieder der Bundeskabinette Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder oder deren enge persönliche Mitarbeiter mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR zusammengearbeitet haben? |

19. Abgeordnete
Sylvia Bonitz
(CDU/CSU)
- Wenn ja, um welche Personen und um welche Art der Zusammenarbeit handelt es sich dabei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

20. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass sich der Preis für Heizöl innerhalb der letzten 12 Monate verdoppelt hat, und auf welche fiskalischen oder sonstigen Gründe führt die Bundesregierung diese Erhöhung zurück?
21. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Heizölpreiserhöhung innerhalb der letzten 12 Monate auf die finanzielle Situation von Eigenheimbesitzern bzw. Mietern ein, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ergreifen?
22. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wie lauten die Bedingungen der bis zum 31. März 2002 befristet erteilten Genehmigung für die Ermäßigungen der Energiesteuersätze für das produzierende Gewerbe bei der Ökosteuer durch die EU-Kommission im Februar 2000 im Wortlaut, und warum wurde der genaue Wortlaut dem Finanzausschuss und der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich gemacht?
23. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wie wird das Ökosteueraufkommen nach dem Jahr 2003 Verwendung finden?
24. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, ein Aktionsprogramm aufzulegen zur Abmilderung strukturpolitischer Auswirkungen im ostbayerischen Raum durch den zu erwartenden Abbau von öffentlichen Dienststellen im Rahmen der EU-Osterweiterung beim Zoll, bei der Bundeswehr einschl. Standortverwaltungen, bei der Bahn, der Post und in der Wirtschaft?

- | | |
|--|--|
| 25. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | In welchem Umfang werden bei den in Frage 24 genannten Institutionen in dieser Region Dienstposten in Zukunft wegfallen, und wo wird das ggf. der Fall sein? |
|--|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|---|---|
| 26. Abgeordneter
Dr. Michael
Meister
(CDU/CSU) | Aus welchen Gründen ist die seit der Einführung der Krankenversicherung der Landwirtschaft gesetzlich geregelte Finanzierung der Altenteilerleistungen aus dem Agrarhaushalt geändert worden? |
| 27. Abgeordneter
Dr. Michael
Meister
(CDU/CSU) | Wie begründet die Bundesregierung den Verteilungsmaßstab, der sich nach den Ausgaben der Altenteiler richtet und nicht nach Anzahl der Mitglieder oder Einnahmen der aktiven Landwirte, was im Ergebnis zu überproportionalen Belastungen einzelner Landwirtschaftlicher Krankenkassen führen könnte? |
| 28. Abgeordneter
Andreas
Storm
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Änderungen im Zuschussrecht der landwirtschaftlichen Alterssicherung etwa in den höchsten Zuschussklassen zu Beitragssteigerungen von 111 % führen und damit existenzbedrohende Ausmaße annehmen? |
| 29. Abgeordneter
Andreas
Storm
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, diese Belastungen rückgängig zu machen, etwa durch eine Zuführung von Mitteln aus der Öko-Steuer, wie dies in der gesetzlichen Rentenversicherung geplant ist? |
| 30. Abgeordneter
Wolfgang
Steiger
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass das strukturwandelbedingte Defizit in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung bei jährlichen Gesamtaufwendungen von rund 1,7 Mrd. DM deutlich über 700 Mio. DM beträgt? |

31. Abgeordneter
Wolfgang Steiger
(CDU/CSU)
- Wenn ja, warum werden die Bundesmittel zur Beitragsentlastung dennoch erheblich gekürzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

32. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.)
- Aus welchem Grund ist das JUMP-Programm (JUMP: Sofortprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) so konzipiert, dass nur neue innovative Projekte gegen Jugendarbeitslosigkeit gefördert werden können, nicht aber bereits bestehende Projekte, welche sich in der Zielerreichung bewährt haben, aber eine befristete Förderung **vor** der Einführung des JUMP-Programms zugesprochen bekommen hatten?

33. Abgeordneter
Steffen Kampeter
(CDU/CSU)
- In welcher Funktion ist der in der schriftlichen Frage 49 in Drucksache 14/2879 genannte Berater der Bundesregierung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am 13. Juni dieses Jahres auf der Pressekonferenz im Bundeskanzleramt erschienen, und bedeutet dies gegebenenfalls, dass sein in der Antwort auf die o. g. Frage als bis Ende April 2000 befristet bezeichnete Beratervertrag für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung über diesen Zeitpunkt hinaus weiterbesteht?

34. Abgeordneter
Steffen Kampeter
(CDU/CSU)
- Falls ja, wie sieht der Vertrag aus und welche Vergütung erhält der o. g. Berater?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

35. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass künftig nur noch vier Wehrbereichsverwaltungen vorgesehen sind, und wenn ja, wie werden diese dann räumlich aufgeteilt?

- | | |
|---|---|
| 36. Abgeordneter
Karl-Josef
Laumann
(CDU/CSU) | Ist bei den Privatisierungsabsichten im Bereich der Standortverwaltungen auch ein Market Testing, ähnlich wie beim Gerätehauptdepot in Rheine-Kanalhafen, vorgesehen, um auch den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine faire Chance zur Optimierung einzuräumen? |
| 37. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU) | Auf welchen Standorten wird sich die auf Seite 24 des Eckpunktepapiers des Bundesministers der Verteidigung angekündigte zum Teil erhebliche Reduzierung von Waffensystemen bemerkbar machen? |
| 38. Abgeordneter
Jürgen
Koppelin
(F.D.P.) | Beabsichtigt die Bundesregierung eine direkte Vermarktung bundeseigener entbehrlicher Gebäude und Grundstücke, die bisher vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) genutzt wurden, durch das BMVg? |
| 39. Abgeordneter
Wolfgang
Zöller
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass Jugendliche, die aufgrund fehlender Dienstposten – also ohne eigenes Verschulden – nicht sofort im Anschluss an das Abitur zum Grundwehrdienst einberufen werden können, keine Waisenrente erhalten bzw. diese – sofern nicht mehr als vier Monate zwischen Abitur und Einberufungstermin liegen – erst nach Ableistung des Wehrdienstes im Nachhinein erhalten, und wenn ja, auf welcher Gesetzesgrundlage beruht diese Regelung? |
| 40. Abgeordneter
Wolfgang
Zöller
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit der Abhilfe darin, dass der Wehrpflichtige zuerst seine Lehre bzw. sein Studium absolviert und dann den Wehrdienst ableistet, um dadurch einen Erhalt der Waisenrente sicherzustellen? |
| 41. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung das Nichtzustandekommen der Vertragsunterzeichnung zur Beschaffung des Hubschraubers NH 90, und worauf führt sie dies zurück? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

42. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Wie ernst nimmt die Bundesregierung die nach der Novellierung des Altschuldenhilfe-Gesetzes von Unternehmen und Verbänden der Wohnungswirtschaft geäußerten Sorgen und Kritiken, dass die dringenden Probleme des Leerstandes – insbesondere die Streichung der Altschulden auf dauerhaft leerstehende Wohnungen – bei der Novellierung des Gesetzes nicht ausreichend berücksichtigt wurden?
43. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, dass die Wohnungsunternehmen im Osten trotz erfolgter Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes für den Großteil der ihnen übereigneten, negativ restituierten – nämlich rund 92 000 meist stark sanierungsbedürftige und bereits im Schnitt zu 30 % leerstehende – Wohnungen, weiterhin entsprechende Altschulden und Zinshilfen an den Erblastentilgungsfonds abführen müssen?
44. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung durch den Deutschen Wetterdienst gewährleistet, dass bei geplanten Dienststellenschließungen, die als Konsequenz der von der Politik geforderten Planstellenreduzierungen nicht mehr zu umgehen sind, in der Erbringung meteorologischer Dienstleistungen lt. § 4 Abs. 1 des Wetterdienstgesetzes vom 10. September 1998 keine Abstriche erfolgen bzw. durch den damit notwendigerweise einhergehenden Rückzug aus der Fläche insbesondere auf Länderebene keine Lücken in der bedarfsgerechten Kundenberatung und -betreuung entstehen?
45. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien, abgesehen von den ökonomischen, sieht die Bundesregierung für die weitere Betreuung bzw. Schließung von regionalen Wetterdienststellen vor?

